

Wilsdruffer Tageblatt

Zernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abbest. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Vorabnahme monatlich 4 Mk., durch unsern Postträger gegen Einzahlung in der Höhe monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.60 Mk., durch die Post gegen Wertmarken 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Preisaufgaben und Postkarten sowie andere Nachrichten und Geschäftsstellen nehmen überdies Zustellungen entgegen. Im Falle späterer Verzögerung, Abbruch oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Interessententgelt 1 Mk. für die gesetzlich vorgeschriebene oder deren Namen, Lebenslauf, etc. Anzeigen 2.00 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die gesetzlich vorgeschriebene 3 Mk. Nachweilungsgebühr 30 Pfg. Einzelnachnahme bei Bestellung 10 Pfg. Für die Nachweilung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigenbruch entfällt, wenn der Betrag durch Missgefallen eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Riesa, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt. Verleger und Drucker: Arthur Fischauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöpping, für den Inseratenteil: Arthur Fischauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 100.

Sonnabend den 30. April 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Von den jetzt zur Ausgabe gekommenen neuen Kohlengrundkarten werden in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September dieses Jahres die Abschnitte 1—12 mit je 1 Zentner beliefert. — Ob die Belieferung der weiteren Abschnitte möglich ist, hängt von den Kohleneingängen ab und wird besonders bekanntgegeben.

Wilsdruff, am 28. April 1921. Der Stadtrat. — Drischlohenstraße.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft Riesa wird der von Sachsdorf nach Hühndorf führende Kommunikationsweg in der Zeit vom 2. bis 6. Mai wegen Massenschüttung gesperrt. Der Verkehr wird über Wilsdruff verwiesen.

Sachsdorf, am 29. April 1921.

Leuschner, Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reparationskommission der Entente bemüht die Förderung an Deutschland auf 132 Milliarden Gegenwärtigwert.
- Lord d'Abernon hat Dr. Simons namens der englischen Regierung um Erläuterung mehrerer Punkte der deutschen Note gebeten.
- Der Präsident der Reichsgetreidekammer Geheimrat Kleiner ist zurückgetreten. Sein Nachfolger wird Ministerialrat Dr. Wenz.
- Die Frist für die Einkommensteuererklärung ist bis zum 17. Mai verlängert worden.
- Der Salzburger Landtag beschloß einstimmig, die Volksabstimmung im Lande Salzburg am 29. Mai vorzunehmen.

Welt-Arbeitsregelung.

Der Friedensvertrag enthält bekanntlich auch Bestimmungen über die Schaffung eines internationalen Arbeitsamtes, welchem die Aufgabe obliegt, die Arbeitsverhältnisse international möglichst gleichartig zu regeln. Gemäß dieser Anordnung haben bereits zwei internationale Arbeitskonferenzen stattgefunden, nämlich eine im Herbst 1919 in Washington, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen in der Industrie und dem Handel, und eine sonstige im Frühjahr 1920 in Genäva, welche sich mit den Arbeitsverhältnissen der Seeleute befaßte. Da nun gemäß Artikel 427 des Friedensvertrages aber nicht nur die Arbeitsverhältnisse dieser Gruppen, sondern überhaupt aller Lohnarbeiter, welche auf fremde Kosten arbeiten, einer Regelung unterworfen werden sollen, so ist für die nächste Konferenz auch eine Behandlung der Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft vorgesehen. Diese Konferenz sollte nach den ersten Plänen bereits jetzt im April in Genäva stattfinden, ist aber auf den Oktober verschoben worden.

Die internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft findet nicht in allen Ländern gleichen Beifall. Arbeitsgeber, aber auch Arbeitnehmer haben schwerwiegende Bedenken dagegen geäußert, welche besonders auf der Tatsache beruhen, daß die Landwirtschaft wie kein anderes Gewerbe von natürlichen Bedingungen (Klima, Jahreszeiten) abhängig ist. In der Industrie, im Handel und in allen anderen Gewerben — außer in der Landwirtschaft und zum großen Teil auch in der Forstwirtschaft — lassen sich einheitliche Festsetzungen, wie sie der Achtundvierzigstündenvorschlag darstellt, treffen, ohne daß — wenn alle Vorklagen in gleicher Weise verfahren — irgend jemand durch derartige Festsetzungen mehr als ein anderer betroffen wird. In der Landwirtschaft hingegen ist das ausgeschlossen. Man denke daran, daß in den gemäßigten und nördlichen Klimaten die Hauptarbeitsperiode in den Monaten April bis November liegt, während in den übrigen Monaten landwirtschaftliche Arbeiten nur in geringem Umfange ausgeführt werden können. In südlicheren Ländern, zumal aber in den subtropischen und tropischen Gebieten, verteilt sich die Arbeit in viel gleichmäßiger Weise über das ganze Jahr.

Außer diesen Bedenkenartigkeiten kommt ferner für eine internationale Regelung erscheinend in Betracht, daß man in der Landwirtschaft scharf zwischen ergebnislosen und intensiven Betrieben unterscheiden muß, während der gleichen Unterscheidungen für die Industrie naturgemäß nicht in Betracht kommen. Der die Urkräfte des Bodens nutzende landwirtschaftliche Betrieb ist je nach den natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen des betreffenden Landes extensiv (geringer Aufwand an Kapital und Arbeit) oder intensiv (großer Arbeits- und Kapitalaufwand). Man denke an Verschiedenartigkeiten, wie sie auf der einen Seite beispielsweise Deutschland mit seiner durchaus intensiven Landwirtschaft und auf der anderen Seite Australien oder Argentinien mit ihren im allgemeinen sehr extensiven landwirtschaftlichen Betriebsverhältnissen darstellen. Bei und ein Höchstmaß von Kapital und Arbeit, — dort das Streben, mit möglichem geringem Aufwand von Geld und Arbeit den Boden zu nutzen. Bei uns relativ kleine, sorgfältig bestellte Flächen und eine intensive Viehzucht, die sich jedes einzelnen Aeres annimmt, — dort unendliche Länderstrecken mit ein und derselben Fruchtart und umherstreifenden Herden von Rindvieh und Schafen.

Es bedarf keiner näheren Erörterung, daß derartige starre Gesetze, wie sie die Industrie nicht kennt, eine internationale schematische Arbeitsregelung in der Landwirtschaft unmöglich machen; dieser Standpunkt ist gegenüber dem Vorschlage des Internationalen Arbeitsamtes nach von mehreren Staaten betont worden. Zwar wird nicht verkannt, daß es eilige Zwecke der landwirtschaft-

lichen Arbeitsverhältnisse gibt, in denen eine internationale Regelung nicht nur möglich, sondern teilweise auch zwingend notwendig erscheint, wie z. B. Einführung von Arbeiterversicherungen gegen Unfall, Krankheit, Invalidität, Alter; allgemeine Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit; Schutz der Frauen und der Kinder gegen eine übermäßige, ihrer körperlichen Beschaffenheit nicht entsprechende Verwendung; Unterbringungsfragen sowie schließlich das Vereinigungs- und Konfliktswesen. Auf diesem Gebiete hat die Festsetzung von internationalen Richtlinien viel für sich.

Frankreichs „Unannehmbar“.

Friaunds Instruktionen für Washington

Nach einer Veröffentlichung der „Agence Havas“ weiß Irland in seiner Instruktion an den französischen Vorkonferenzen in Washington darauf hin, daß die Beurteilung der deutschen Bedingungen Sache des Obersten Rates sei, der in seiner demnächstigen Sitzung sich darüber äußern werde.

Zunächst, so heißt es in der Havasmeldung weiter, könne heute schon gesagt werden, daß die Vorschläge der deutschen Reichsregierung in den Augen der französischen Regierung in so weitgehendem Maße ungenügend seien, daß sie nicht geeignet erschienen, als Grundlage für neue Verhandlungen zwischen den Verbündetenregierungen und Deutschland zu dienen. Diese Auffassung bringe die französische Regierung in ihrer Mitteilung sehr deutlich zum Ausdruck. Die Wiederholung der neuen deutschen Vorschläge sei an sich schon sehr bedauerlich und dürfte wohl nicht verhindern, auch die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, daß die deutschen Vorschläge ungenügend seien. Unter diesen Umständen dürfte wohl die Belassung des Ruhrgebietes immer mehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rücken; sie könne natürlich erst ab Tage nach der entsprechenden, gemeinsam mit den Verbündeten getroffenen Entscheidung durchgeführt werden.

Der „Newport Herald“ meldet heute, daß die amerikanische Regierung übereinstimmend in den deutschen Vorschlägen eine Grundlage erblickt hätte, die zu weiteren Verhandlungen geeignet gewesen wäre, daß sie aber, da sich Widerstände der Alliierten bemerkbar machten, nichts tun werde, um in der Reparationsfrage gegen die Wünsche der Alliierten zu handeln. Der zweite Teil dieser Meldung würde den Schluss zulassen, daß der deutsche Vorschlag bereits abgelehnt worden ist.

Die Schlussrechnung — 132 Goldmilliarden.

Nach dem Friedensvertrag ist die Entente verpflichtet, Deutschland bis zum 1. Mai die Schlussrechnung vorzulegen. Das ist nun, wie folgende Meldung aus Paris besagt, geschehen:

Die Reparationskommission hat auf Grund des Artikels 233 des Versailler Vertrages beschlossen, den Betrag der Schäden, für die Deutschland nach den Bestimmungen des Artikels 232 und des Anhangs A zum Teil 8 des genannten Vertrages Reparation schuldet, auf 132 Milliarden Goldmark festzusetzen. Bei Festsetzung dieser Ziffer hat die Reparationskommission von der Summe der Schäden die Abzüge vorgenommen, die notwendig sind, um die in Ausführung des Artikels 233 bereits geleisteten oder noch zu leistenden Zurückstellungen zu berücksichtigen, und insoweit werden Deutschland diese Zurückstellungen nicht gutgeschrieben werden. Die Reparationskommission hat in die oben genannte Ziffer die Summen nicht miteingegriffen, die der Verpflichtung entsprechen, die Deutschland außerdem in Ausführung des dritten Absatzes des Artikels 232 zu übernehmen hat, nämlich die Zurückzahlung aller der Summen durchzuführen, die Belgien bis zum 18. November 1918 bei den alliierten und assoziierten Regierungen geliehen hat, einschließlich von 5 Prozent Zinsen jährlich für die erwähnten Summen.

Herr von Dergem, der in Abwesenheit des Herrn Bergmann an der Spitze der Kriegslastenkommission steht, ist Mittwochabend um 9 Uhr von der Reparationskommission, die in amtlicher Sitzung tagte, berufen worden. Der Vorsitzende hat Herrn von Dergem im Namen der Kommission die obige Entscheidung zur Kenntnis gebracht.

Aber die Ungenauigkeit dieser wie aller vorhergehenden Ententeerklärungen — in ihrer Summe sind Milliarden und Milliarden von lästigen Spekulationsgewinnen einfallig — ist kein Wort zu verlieren. Aber festzustellen ist, daß wir auf diese Rechnung der Reparationskommission noch mit keinerlei Zahlung in Verzug sind.

Beziehung des Ruhrreviers Anfang Mai.

„Echo de Paris“ berichtet, daß, selbst wenn die deutsche Regierung bis zum 1. Mai dem Reparationsauschuß

höhere Angebote machen würde, Deutschland wohl die Zwangsmassnahmen nicht mehr vermeiden werde, selbst wenn Frankreich ganz allein marschieren möchte. Alle Vorbereitungen seien getroffen worden. Man habe die Ernährung von drei Millionen Einwohnern im Notfall vorgesehen. Aber kein Plan werde vor Ende der Londoner Konferenz, das heißt, vor Ende der kommenden Woche, ausgeführt werden. Deshalb glaubt man, daß die Besetzung des Ruhrgebietes zwischen dem 7. und 15. Mai stattfinden werde.

Abwehrmaßnahmen gegen die Sanktionen.

Überführung des besetzten Gebietes.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hielt in Gemeinschaft mit dem Unterausschuß für Maßnahmen gegen die Sanktionen eine Tagung ab, um den Bericht der Regierung über Abwehrmaßnahmen gegen die Wirkung der 50prozentigen Ausfuhrverbote und der Aufhebung der Rheingrenzlinie auf das deutsche Wirtschaftsleben entgegenzunehmen. Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium wies zunächst auf die Überführung des besetzten Gebietes durch Einfuhr unerwünschter Waren hin. So habe die interalliierte Rheinlandkommission schon jetzt Wein und Zirkose zur Einfuhr freigegeben. Der anderen Gefahr der Hemmung der deutschen Exportindustrie soll durch eine mögliche Erleichterung der Ausfuhr von deutscher Seite entgegengetreten werden. Für 273 Positionen des Zolltarifs wird die Ausfuhrkontrolle aufgehoben, über weitere 90 Positionen wird noch verhandelt. Diese Maßnahme sei auch geeignet, die drohende Arbeitslosigkeit abzumildern. Zur weiteren Belebung des Arbeitsmarktes sollen große Aufträge einiger Ministerien (zum Beispiel des Verkehrsministeriums) in nächster Zeit beschleunigt vergeben werden. Ferner ist eine großzügige Förderung der Siedlungsaktivität begonnen, zumal auch in den Bergbaugebieten.

Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrverbote, Geheimrat Trendelenburg, ergänzte diese Ausführungen. Die Maßnahmen der interalliierten Rheinlandkommission bezweckten, den Verkehr nach Frankreich möglichst zu fördern, den nach Deutschland dagegen möglichst zu erschweren und die Rheinlande als Abfuhrgebiet für französische Waren zu gewinnen. Damit nun auf diese Weise keine unerwünschten Waren, insbesondere Luxusartikel, nach Deutschland eingeführt werden, ist eine Zulassungskarte für solche Waren unbedingt notwendig. Erleichterungen für die Industrie des besetzten Gebietes sind vorgesehen. Auch Lebensmittel, z. B. Getreide, müssen der Zulassungskontrolle unterworfen werden, weil, wie Geh. Rat Jaffe vom Reichswirtschaftsministerium mitteilte, sich nicht feststellen lasse, ob es sich um im Rheinland erzeugte oder eingeführte Produkte handele.

Deutscher Reichstag.

(88. Sitzung.)

CA. Berlin, 28. April.

Die Teilnahme an den Verhandlungen hat nachgelassen, Haus und Tribünen waren heute erheblich schwächer besetzt als in den letzten Tagen. Von Ministern waren auswendig der Reichskanzler, der Minister des Innern und der Minister des Reichswirtschaftsministeriums. Die Besprechung über die auswärtige Politik wurde fortgesetzt, vorher aber wurde ein Gesetzentwurf der Regierungsparteien, betreffend die Verfügung über Gold, beraten.

Abg. Burtage (Zent.) betonte die Notwendigkeit, die Änderungen, die durch diesen Gesetzentwurf vorgenommen werden, noch vor dem 1. Mai zu bewirken, damit werden die Goldausfuhr noch bis zum 1. Oktober verboten bleiben. Darauf wurde der Gesetzentwurf in allen drei Lesungen genehmigt.

Weiterbesprechung der auswärtigen Politik.

Abg. Dr. Stresemann (D. Volksh.): Man hat der Regierung vorgeworfen, daß sie im Namen des deutschen Volkes gesprochen, das deutsche Volk aber nicht gehört habe. Jedenfalls hat sich gezeigt, daß im Volk kein Verständnis für die Notwendigkeiten bestanden hat, die für die Regierung bestimmend waren. Mit Recht hat man gesagt, daß nie die Macht des Parlamentarismus in Deutschland größer war als jetzt, doch aber auch niemals das Ansehen des Parlamentes geringer als jetzt war. Die Parteien der Linken wie der Rechten tragen hierin in gleicher Weise die Schuld. Eine Regierung die sich auf bestimmte Parteien stützt, muß auch auf ihr volles Vertrauen rechnen können. Nun hat man sich darüber beklagt, daß der auswärtige Ausschuß nicht rechtzeitig über den amerikanischen Schritt unterrichtet worden ist. Das war nicht die Schuld der Regierung. Die Fraktionsführer des Hauses haben damals die Informierung der Volksvertretung vorgeschlagen. Hierauf wandte sich der Rechner gegen die Haltung der Mehrheitspartei und besonders gegen die gezielten Ausführungen des Abg. Müller-Frankel. Die Rechner der Linken trifteten die Kundgebungen der Vaterlandspartei, sie hielten darüber, daß Orden und Ehrenzeichen beim Bestehen der Reich-

lein wieder auf Tageslicht kamen. Sie bekennen die deutsche Volkseele und tun so, als ob sie allein Vertreter des deutschen Volkes seien. Weiter schildert der Redner den Frieden von Westfalen und die Handelsfreiheit, die wir aus dem damals eingetragenen haben, und stellt diesem Frieden den Zwangsfrieden von Versailles entgegen. Die folgenden Ausführungen des Redners galten dem Auftreten des Ministers des Auswärtigen in London und jetzt. Wir bedauern außerordentlich, daß Herr Simons nicht in London schon seine Stimme entsprechend erhoben hat. Ob Deutschland die Kosten seines Angebotes tragen kann, bleibt abzuwarten. Nur eine internationale Verständigung kann uns helfen, die deutschen Vorschläge durch die Wege hierfür ebnen. Unser Untergang ist auch derjenige Frankreichs. Jede deutsche Regierung wird nach auf Jahre hinaus schwere Zeiten haben, selbst wenn der letzte amerikanische Schritt Erfolg haben sollte. Der Redner schloß mit den Worten, das Verzeichnis Tirois zu uns wird ähnliche Ergebnisse in Steiermark, Kärnten und Österreich haben. Die Entente mag es sich überlegen, ob sie nicht lieber uns die Möglichkeit geben will, durch Zusammenschluß aller Kräfte uns in den Stand zu setzen, die Forderungen zu erfüllen. (Beifall.)

Dr. Simons nimmt das Wort.

Der Minister des Auswärtigen dankt dem Vortrager, dessen Ausführungen zum Teil eben das vortweggenommen hätten, was er, der Minister, zu antworten gedachte. In London habe er, der Minister, gegen das Schuldbekenntnis nicht Widerspruch erheben können, weil die Entente dieses Bekenntnis schriftlich in Händen habe und ein etwaiger oratorischer Erfolg würde die Gefahr schwerer Schädigungen für das deutsche Volk bedeuten. Er habe aber den deutschen Standpunkt zur Schuldforderung schriftlich festgelegt. Es muß das Bestreben der deutschen Regierung sein, daß die fremden Archive geöffnet werden, damit hierbei die Schuldfrage unter neutraler Überwachung festgestellt werden könne. Der Vortrager, daß die Regierung vorher zu wenig Fühler nach Amerika ausgestreckt habe, trifft nicht zu. Unser entsprechender Versuch ist gescheitert. Für die Behauptung, die Form unserer Note sei demütigend, ist uns kein Beweis erbracht worden. Wir sind bemüht gewesen, der Psyche der Gegenseite gerecht zu werden. Nun macht man uns auch das zum Vorwurf, ein Begreifen der deutschen Ehre ist in dem Schiedsspruch nicht zu erblicken. Herr Helfferich hat mich als den Kämpfer für Gerechtigkeit bezeichnet, natürlich mit dem Hintergedanken, ich sei als Minister nicht brauchbar. Dem entgegen sage ich, daß ich zu lange Jurist bin, um für die Politik der alten Schule in Frage zu kommen.

Ich stehe auf dem Standpunkt unbedingten Gerechtigkeitsgedankes.

In seinen weiteren Ausführungen bestritt der Minister, daß wir unseren Pflichten in der Entwaffnungsfrage nicht nachgekommen wären.

Gegenüber dem großen polnischen Heere von 600 000 Mann sei Besorgnis im Osten wohl berechtigt. Die Ausgrenzung der Grenzbevölkerung sei, und es muß etwas geschehen, um die Bevölkerung zu beruhigen. Eine Erundigung bei der Volkshalterkonferenz hat keinen die Antwort gebracht, daß Polen bereits seit Januar abströme. Das stimmt nicht mit unseren übrigen Nachrichten überein, denn neue Jahrgänge werden zu Übungen eingezogen und nicht wieder entlassen.

Die Maßnahmen der deutschen Regierung sind nur darauf gerichtet, zu verhindern, daß die erregte Bevölkerung sich zu Zwischenfällen hinreißen lasse. Die Verhandlungen mit Polen werden fortgesetzt, namentlich ein Wirtschaftsabkommen und die oberstelethische Frage bilden den Gegenstand der Verhandlungen. Mit einer Teilung Oberschlesiens sind selbst viele Polen nicht einverstanden. Das Osoproblem ist so schwer, daß seine Lösung eine Schiedsfrage für Europa ist. Die Untersuchung über die Unruhen in Mitteldeutschland hat zweifellos ergeben, daß ein Zusammenhang zwischen der kommunistischen Partei Deutschlands und Rußlands besteht. Für eine Beteiligung der Sowjetregierung in dessen hat sich ein Beweis nicht erbringen lassen. Es besteht daher kein Anlaß, den Plan weiterer Verhandlungen mit Rußland wegen Annahme von Handelsbeziehungen aufzugeben. Im übrigen wolle man sich allmählich ein

Weschen in der Haltung der Sowjetregierung, die sich allmählich den Forderungen der Weltwirtschaft anzupassen sucht. Auch bei dem Wiederaufbau müssen wir in die Zukunft blicken und nicht nach rückwärts. Der Minister schloß damit, daß er Stimmen aus dem Ausland anführe, die allmählich den deutschen Standpunkt würdigen.

31] Der Doppelgänger des Herrn Emil Schnepfe.

Roman von Carl Schüler.

Dorival nahm aus der Brusttasche den Brief.

„Hier ist der Brief,“ sagte er.

Ruth stieß einen Freudenstöhren aus, nahm den Brief, betrachtete zuerst den Umschlag von allen Seiten, dann überflog sie den Inhalt des Schreibens.

„Er ist! Er ist!“ jubelte sie. „Wie wird sich Vater freuen! Sie glauben gar nicht, in welcher Sorge mein guter Vater wegen dieses Briefes gewesen ist. Aber Sie haben ihn gerettet!“

Ehrliche, überströmende Dankbarkeit sprach aus ihren Worten, ihrem Blick, dem Druck ihrer Hand.

Sie sah, wie seine Blide wieder bewundernd auf ihr ruhten. Und da verstummte sie plötzlich, wandte sich ab und wurde rot. Aber dann nahm sie sich zusammen und fragte mit erzwungener, geschäftsmäßiger Ruhe:

„Wie darf Ihnen mein Vater das Geld auszahlen?“

„Welches Geld?“

„Für den Brief.“

„Ich will kein Geld. Das habe ich Ihnen doch schon gesagt.“

„Warum wollen Sie keine Belohnung annehmen? Vielleicht, weil Sie dem Labwein zwölftausend Mark fortgenommen haben? Das ist ganz Ihre Privatsache. Wir bezahlen Ihnen trotzdem die dreißigtausend Mark aus, die Ihnen von mir versprochen sind.“

„Ich will kein Geld, Fräulein Ruth.“

„Was wollen Sie denn?“

„Erinnern Sie sich nicht mehr meiner Forderung? Sie sprachen damals, wenn ein Ruth einen Wert haben soll, so muß man ihn als Geschenk erhalten. Ich bitte um mein Geschenk, Fräulein Ruth.“

Sie hatte den Brief schon in ihrem Täschchen geborgen. Einen Augenblick schien es, als wolle sie ihn wieder herausnehmen und ihn zurückgeben.

Aber die Hand, die schon das Täschchen geöffnet hatte, drückte es mit plötzlichem Entschluß wieder zu.

Dorival glaubte ihr an den Augen abzulesen, daß es Mittel mit den Sorgen ihres Vaters war, das sie veranlaßte, das Täschchen wieder zu schließen.

Sie rückte näher an ihn heran und schob ihr Köpfchen vor. Nicht vor sich sah er ihr blaues, ernstes, trauriges Gesichtchen.

„So, jetzt können Sie mir einen Kuß geben!“ sagte sie.

Einen Augenblick zögerte er. Aber — dann sagte er mit beiden Händen ihr Köpfchen und drückte auf den roten, frischen Kindermund einen kräftigen Kuß.

Hg. Graf von Bernstorff (Dem.) betonte u. a., daß in diesem Augenblick verantwortungsvoller Verhandlungen die größte Zurückhaltung geboten sei. Deshalb betonen wir die scharfe Kritik von rechts und links an der Haltung der Regierung zur amerikanischen Schiedsrichterfrage als unzuverlässig und nur als geeignet, das mühsam eingeleitete Friedenswerk zu gefährden. Ist das deutsche Volk innerlich einig, kann es alle Opfer tragen. In der Schuldfrage ist es Pflicht jedes Deutschen, daran mitzuarbeiten, damit im Auslande sich darüber Klarheit verbreite, daß wir den Krieg nicht planmäßig vorbereitet haben. Amerika ist nur wirtschaftlich, nicht politisch an den europäischen Verhältnissen beteiligt. Deshalb ist die Vermittlung dort in guten Händen. Weitergehende Unterstützung erwarte ich auch freilich nicht von Amerika, aber immerhin ist die Regierung Hardings besser als die frühere. Es muß alles geschehen zur Herbeiführung der Legende, daß Deutschland überhaupt nicht zur Einlösung seiner Verpflichtungen bereit sei. Die mit dem Friedensvertrage nicht zu vereinbarenden Sanktionen bedeuten die Erneuerung des Kriegszustandes. Wir billigen durchaus das Ersuchen unserer Regierung an den Präsidenten Harding. Es ist schon ein Gewinn, daß wir der Welt gezeigt haben, daß Deutschland nichts unverzagt gelassen hat, um zu einer Verständigung zu gelangen.

Hg. Dr. Spahn (Zent.) behandelte die Schuldfrage und mahnte im übrigen zur Zurückhaltung bei den gegenwärtigen Verhandlungen. Seine Ausführungen blieben zum größten Teile auf der Journalistentribüne unverständlich.

Der Hg. Debour (N. Soz.) machte eine Reihe von Ausführungen gegen die Rechte und legte dann auseinander, daß die Rettung aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten nur von dem vereinigten internationalen Proletariat kommen würde.

Wir der Rede des Hg. Debour endete die Aussprache über die auswärtige Politik. Das Haus erledigte hierauf ohne Aussprache noch einige kleinere Vorlagen, darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reichstag und Kriegsbeschädigte.

Alle Parteien des Reichstages, mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, haben einen Antrag eingebracht, der dem Gesetz über die Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen folgenden § 1a einzufügen will: „Wenn nach der Überzeugung des Oberreichsanwalts kein genügender Anlaß besteht, eine Anklageschrift einzureichen, so kann er gleichwohl die Anberaumung einer Hauptverhandlung beantragen. In dem Antrag ist die Tat, die den Gegenstand des Ermittlungsverfahrens oder der Voruntersuchung gebildet hat, unter Hervorhebung ihrer gesetzlichen Merkmale und des Strafgesetzes zu bezeichnen. Das Ergebnis der Ermittlungen ist in den Antrag aufzunehmen; die Beweismittel sind anzugeben. Auf das Verfahren finden die Vorschriften des § 5 und des § 6 des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 entsprechende Anwendung.“

Personalverminderung bei der Post.

Der Reichspostminister teilte auf eine Anfrage des Hg. Erlenz (Dem.) mit, daß die Postverwaltung, soweit es die festgesetzten Bestimmungen — namentlich die Härteergänzmaßnahmen für die Kriegsbeschädigten — und die Betriebsverhältnisse gestatten, auf eine Verminderung der Hilfskräfte bedacht gewesen ist. Ihre Zahl sei von 110 000 am 1. April 1919 auf rund 95 000 am 1. Sept. 1920 zurückgegangen. Ende Januar d. J. sei die im Juli 1920 versuchsweise zugelassene Arbeitsreduktion ausgebrochen und die Entlassung von weiteren Hilfskräften unter weitgehender Vermeidung von Härten angeordnet worden.

Amerika gegen die schwarze Schmach.

In Frankreich ist die Frau des amerikanischen Kongreßmitglieds Britten eingetroffen. Frau Britten ist vom Kongreß der Christlichen Frauen in Chicago mit einer Mission beim Marschall Hoch beauftragt worden, um die Zurückziehung der schwarzen Truppen aus dem Rheinlande

zu erlangen. Die amerikanische Delegation erklärte den anwesenden Persönlichkeiten, daß sie nicht annehmen könnten, daß halbivilisierte Reger die christliche Bevölkerung der Rheinlande beherrschen.

Nur kein Schiedsgericht!

Nach einer Meldung aus Paris hat sich der Vorkomitee unter dem Vorsitz von Jules Cambon mit der Note beschäftigt, in der Deutschland eine schiedsgerichtliche Entscheidung über gewisse strittige Punkte in der Auslegung verschiedener militärischer Bestimmungen des Vertrages von Versailles forderte. Auf Vorschlag der interalliierten Militärkommission von Versailles wurde der Antrag der deutschen Regierung abgelehnt und die von der Berliner Kontrollkommission getroffenen Entscheidungen bestätigt.

Großbritannien.

× Eine arge Enttäuschung. Die ersten offiziellen Berechnungen über den Betrag der Zölle, die auf die in England eingeführten deutschen Waren nach dem Sanktions-einfuhrgesetz erhoben werden, ergaben eine Summe von 3000 Pfund. Eine Umrechnung nach diesem Ergebnis würde 53 000 Pfund als Durchschnitt für den Jahresertrag ergeben. Und das ist herzlich wenig.

× Der japanische Kronprinz in Malta. Wie aus Malta gemeldet wird, ist der Kronprinz von Japan auf seiner Europafahrt an Bord des Kreuzers „Katori“ in Malta eingetroffen. Die japanischen Kriegsschiffe wurden bei ihrer Einfahrt in den Hafen von einer Flottille von sechs britischen Zerstörern salutiert und feierlich eskortiert. Der Gouverneur von Malta gab zu Ehren des Kronprinzen ein Staatsdiner, an dem auch sämtliche fremden Konsuln teilnahmen. Das Eintreffen des Kronprinzen auf der Rede von Portsmouth ist in den ersten Tagen des Mai zu erwarten. Dem Besuch des japanischen Kronprinzen in England wird erhebliche politische Bedeutung zugemessen. Man erwartet aus diesem Anlaß auf japanischer Seite anscheinend die Verlängerung und Vertiefung des englisch-japanischen Bündnisses. Durch die in letzter Zeit besonders deutlich hervorgetretene amerikanisch-japanische Spannung ist Englands Entscheidung besonders schwerwiegend.

Das Verschwinden der Ansichtskarte.

Ein totgeschlagener Erwerbszweig.

Es ist kein Zweifel, daß die Ansichtskarte, wenn es so weiter geht, auf den Aussterberhaufen gesetzt ist. Man sieht sie noch in den Schaufenstern der Papierhandlungen, Straßenhändler bieten sie noch an, aber es scheint sie kein Mensch mehr zu kaufen. Man bekommt keine mehr zugesandt. Kein Wunder, das erhöhte Porto hat sie getötet. Wenn ich schon 40 Pfennige für die bloße Postkarte und dazu noch 5 Pfennige für das Stückchen Papier bezahlen muß, also im ganzen neunmal so viel als früher, dann habe ich keine Lust, noch 10—50 Pfennige für eine mehr oder minder hübsche Ansichtskarte zu zahlen. Selbst in Frankreich, wo das Porto für die Postkarte bloß 20 Centimes beträgt, hat die Portoerhöhung auf die Ansichtskarte verheerend gewirkt. In früheren Jahren betrug die Portoerhebung aus der Beförderung der Ansichtskarten allein in Frankreich 70 Millionen Franken, jetzt ist die Ziffer um 85 Prozent gefallen!

Die Fabrikanten und die von ihnen beschäftigten Arbeiter, Drucker, Maschinenmeister, die Zeichner, Photographen und Phototechniker, die Papierfabriken, die Kartongeschäfte, die Papierhändler, die Sanierer, die Farbenfabriken, die Goldpreßer, Laufende von Menschen bekommen es zu fühlen. Gewiß, es hat einmal eine Zeit ohne Ansichtskarten gegeben, und die Leute damals mußten auch leben. Aber es ist doch einschneidend, wenn ein Erwerbszweig so plötzlich aus dem Leben geschrien wird.

In Deutschland liegt es gewiß ebenso wie in Frankreich, nur haben wir keine Zahlen zu geben. Wir können aber auf die Zahl gern verzichten. Für Deutschland

Sie blieb regungslos auf ihrem Stuhl sitzen, die Augen gefenkt, die Hände im Schoß gefaltet. Sie sah hilflos da, erbarnungswürdig verängstigt.

Wie ein kleiner Vogel kam sie ihm vor, der still und geduckt in seinem Käfig sitzt. Er dachte daran, wie er als Knabe einmal einen schönen, bunten Schmetterling gefangen hatte. Vorsichtig hatte er das zarte farbenprächtige Tierchen in seinen kleinen schmutzigen Fingern gehalten und von allen Seiten bewundernd betrachtet. Dann hatte er dem Schmetterling seine Freiheit geschenkt, auf die flache Hand hatte er ihn gesetzt. Aber der arme, bunte Schmetterling, dessen seiner Flügelstaud an seinen Fingerspitzen klebte, sah ängstlich auf der Hand und fand nicht den Mut, von seiner Freiheit Gebrauch zu machen. Er mußte ihn in die Luft werfen, um ihn los zu werden. Mit müdem Flügel-schlag flatterte der gedemütigte, seines schillernden Farbenstaubs beraubte Schmetterling davon ...

Dorival hätte sich ohfseigen mögen!

Ruth schwieg. Dann entnahm sie ihrem Täschchen eine Besuchskarte und schrieb mit Bleistift einige Worte auf die Karte. „Ich fahre jetzt zu meinem Vater und gebe ihm den Brief,“ sagte sie leise. „Sie können selbst oder durch einen anderen das Geld, das Ihnen gehört, im Geschäft meines Vaters an der Kasse abheben. Sie brauchen nur die Karte vorzuzeigen, die ich Ihnen dort hingelegt habe.“ Sie stotte einen Augenblick, dann fuhr sie fort: „Und — wenn Sie einmal in Rot geraten sollten — mein Vater wird nie vergessen, was er Ihnen schuldet. Und ich —“ Sie brach mitten im Satz ab, erhob sich und reichte ihm die Hand.

„Sie wollen schon gehen?“ fragte Dorival erschrocken.

Sie nickte.

Da wurde er rot.

„Ich kann Sie so nicht gehen lassen!“ sagte er bestig.

Sie sah ihn an.

„Das kann ich nicht. Es ist alles kommen Zeug. Ich habe die Komödie satt. Ich muß Ihnen sagen, wer ich bin. Sie haben ja keine Ahnung. Ich bin der Freiberr —“

„Halt!“ sagte Ruth.

Er schwieg verblüfft.

Sie sah ihn lange an und Tränen kamen ihr in die Augen. „Rein,“ sagte sie endlich leise, „ich will den Namen nicht hören. Wie — wie können Sie mich in diesen Minuten belügen wollen!“

Und sie griff nach ihrem Täschchen, stand auf und lief eilig fort.

„Zahlen!“ schrie Dorival.

Der Kellner kam. Er warf ihm ein Geldstück hin und stürmte auf die Straße. Aber Ruth war nicht mehr zu sehen ...

„Gräßlich!“ sagte Dorival. „So! Jetzt muß Umbach 'ran!“

11.
Als Dorival in seine Wohnung zurückkehrte, meldete Valdino:

„Herr Baron möchten die Güte haben, Herrn Direktor Zahn so bald als möglich anzurufen. Herr Direktor Zahn hat den Herrn Baron schon zweimal angerufen, weil Herr Direktor Zahn dem Herrn Baron sehr dringend etwas zu sagen hat.“

„Schön!“ sagte Dorival.

Er ging an den Apparat und stellte die Verbindung her. Er vermutete, daß sein Detektiv ihn wieder um einen Vorschlag dem Manne seines Nisttrauens den erteilten Auftrag zu erledigen.

Das Institut Prometheus meldete sich. Als Dorival seinen Namen nannte, wurde er sofort mit dem Direktor verbunden.

„Hier Direktor Zahn!“

„Hier Armbrüster! Was gibts? Sie wollen mich sprechen?“

„O, mein lieber Herr Baron, Sie werden staunen! Wir haben ihn!“

„Wen haben Sie?“

„Emil Schnepfe ist zur Strecke gebracht!“

„Was?“

„Emil Schnepfe ist verhaftet!“

„Blödsinn!“

„Aber erlauben Sie —“

„Sie haben Emil Schnepfe verhaftet?“

„Natürlich — ich! Wir! Das Institut Prometheus!“

„Donnerwetter!“ schrie Dorival entsetzt.

„Nicht wahr, Herr Baron? Da wundern Sie sich? Ich habe ihn einweisen in meine Arrestzelle eingelockt. Was soll mit ihm geschehen? Wollen Sie ihn erst sprechen, oder soll er gleich nach dem Alexanderplatz abtransportiert werden? Nun, Herr Baron, habe ich die mir gestellte Aufgabe nicht glänzend gelöst?“

Dorival war wie betäubt von dieser Nachricht. War es denn möglich, daß dieser Emil Schnepfe, der die Polizeibehörden aller Kulturländer an der Nase herumführte, diesem dummen Direktor Zahn, der nur Vorschüsse verlangen konnte, ins Wort gegangen war?

Er fühlte sich nicht in der Lage, dem Direktor Zahn das Lob zu erteilen, auf das dieser Mann Anspruch zu haben glaubte.

„Ist der Verhaftete denn wirklich der Emil Schnepfe?“ fragte er zerkümmert. „Haben Sie sich nicht geirrt?“

„Ausgeschlossen! Diesmal haben wir den echten, wirklichen Schnepfe gefaßt!“ klang es durch den Fernsprecher zurück.

„Behalten Sie ihn dort! Ich komme gleich!“

Dorival legte den Hörer auf den Apparat.

Verzweifelt sank er in seinen Schreibstisch.

Auch das noch!

(Fortsetzung folgt.)

kommt noch dazu, daß früher Deutschland einen starken Export in Ansichtskarten betrieb, selbst nach Frankreich, was die Franzosen verdroß. Daß das im Kriege zum Stillstand kam, war selbstverständlich, aber man hoffte auf spätere bessere Zeiten. Man konnte daran denken, später einmal wieder den Export aufzunehmen, so lange es gelang, den Betrieb einseitig für das Inland aufrechtzuerhalten. Man kann das nicht mehr, wenn der innere Verbrauch aufhört.

Bescheiden hat dieser Zweig angefangen, mit wirklichen Ansichten, d. h. Landschaftsbildern. Wer verrestete, schickte den Dabeimgebliebenen schnell ein paar Ansichtskarten. Das war billig und ging schnell, man brauchte und konnte nicht viel Schriftliches dazu geben. Ja, es gab Schwärmer, die von der Reise an ihre eigene Adresse das heimische Ansichtskarten schickten, der Erinnerung wegen. Das war Torheit, denn man hätte die Karten auch so ins Album stecken können, aber es war ja eine geringe Verschwendung. Man will doch einmal sich einen Lurus gestatten! Dann kamen die Künstlerkarten, die Kellamarkten, die Porträtkarten, die Propagandakarten (man denke an die Kriegsanleihen!), die Weihnacht-, Oster-, Pfingst-, Geburtstagskarten, die Illustrierten und die hundert anderen Arten, zu denen sich diese Art gefälliger Kleinkunst entwickelt hatte. Gewiß, es gab auch Entartungen und Ausschüß, aber die waren harmlos. Staatsanwalt und Polizei nahmen sie sorgsam, oft zu sorgsam in die Arme, sogar klassische Kunstwerke aus den staatlichen Museen wurden beansprucht. Nun ist das vorbei; wenn der Himmel einfällt, sind alle Späßen tot.

Lasker erklärt sich für besiegt.

Neuer Schach-Weltmeister Capablanca. Das Turnier auf den 64 Feldern, das seit einigen Wochen die Gedanken der Schachwelt nach der Stadt Havana auf der glücklichen Insel Kuba fliegen ließ, ist schneller, als man gedacht, zu Ende gegangen. Der Kampf um die Weltmeisterschaft ist zu Ende. Der deutsche Meister Emanuel Lasker hat den seit drei Jahrzehnten mit hohen Ehren verlebten Titel nicht festhalten können, der jüngere Capablanca hat den Kranz an sich und wird nun die Würde und Ehre der Weltmeisterschaft für das königliche Spiel zu tragen haben.

Nach der Vereinbarung sollten 24 Partien gespielt werden. Wer dabei zuerst acht Partien zu gewinnen verstand, sollte die Palme an sich bringen. Würden die für Lasker sich verbürgenden Vorurteile schon bedenklich, als er nach mehreren unentschiedenen Partien als erster in Verlust kam, so sanken ihre Hoffnungen tiefer und tiefer, da sich dieser Vorgang wiederholte. Von 14 Partien verlor Lasker vier, 10 blieben unentschieden, Capablanca brauchte keinen Zehlschlag zu buchen. Dann kam die Nachricht, Lasker sei unter der Einwirkung des Klimas erkrankt, das Weiterpiel hätte einseitig verweigert werden müssen. Nun stellt sich heraus, daß noch eine Partie, die fünfzehnte, gespielt wurde und daß Lasker beim Schluß das Ringen aufgegeben und sich für besiegt erklärt hat. Die 15. Partie ist also als verloren anzusehen. Der Endstand des Wettbewerbes um die Weltmeisterschaft ist: Capablanca fünf Gewinne, Lasker keinen, zehn Partien unentschieden.

Der deutsche Schachmeister erklärte, er habe so unter der Hitze in Havana zu leiden gehabt, daß er nicht imstande gewesen sei, seine volle Aufmerksamkeit dem Spiel zuzuwenden. Er hat es also für ausgeschlossen gehalten, unter den vorliegenden Verhältnissen noch an eine Siegesmöglichkeit heranzukommen.

Man hat auch schon bei früheren hervorragenden Wettkämpfen hervorragender Größen auf dem Schachbrett von körperlichen Indispositionen, Klimaeinflüssen usw. gehört, wenn ein Meister des Schachspiels ins Hintertreffen geriet. Trotzdem klingt in diesem Falle der Hinweis auf die Temperatur verächtlich und glaubhaft. Natürlich ändert sich dadurch nichts an dem Resultat. Bei dem Zusammentreffen von Kämpfern dieser weltumspannenden Kunst wird ja immer der eine oder andere unter ungewohnter Umgebung und störenden Einflüssen leiden.

Nach Lasker jetzt auf der Schachbühne die Rolle des ersten Akteurs abgeben, so wird doch sein Ruhm nicht verblasen, die Schachgeschichte wird ihm stets auf einem Ehrenblatt das Zeugnis eines der vorzüglichsten, wenn nicht des vorzüglichsten Beherrschers der weißen und schwarzen Steine geben. Und Capablanca, das neue Gesicht, wird seine ganze Kraft aufwenden müssen, um dem Anführer ehrgeiziger Nachwuchses zu widerstehen, bis — auch seine Bahn sich zum Niedergang neigt. Werden, wachsen und vergehen ist das Schicksal aller irdischen Dinge.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle zeigt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 Reichsmark, 100 Schweizerfranken, belgische und französische Franken, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — gefragt.)

Währungspläne	28. 4.		27. 4.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland .. Gulden	2307,65	2312,35	2290,25	2234,75	170 Mk.
Deinemark .. Kronen	1196,30	1198,70	1148,85	1151,15	113
Schweden .. Kronen	1515,95	1519,05	1483,15	1486,70	112
Norwegen .. Kronen	1022,95	1026,05	999,50	1001,00	113
Schweiz .. Fr. mit	—	—	1107,85	1110,15	73
Amerika .. Dollar	—	—	83,68	83,85	4,40
England .. Pfund	—	—	251,95	252,55	20,20
Frankreich .. Franc	—	—	480,50	481,50	80
Belgien .. Franc	—	—	483,50	483,50	80
Italien .. Lire	—	—	304,65	309,35	80
Österreich .. Kronen	16,73	16,77	16,93	16,97	85
Ungarn .. Kronen	25,23	25,28	24,34	24,40	85
Japan .. Yen	87,77	87,97	87,15	87,35	85

Danach war also die Mark in Wien ungefähr wert im Dolland 8,2; Italien 25,9; England 8,0; Amerika 6,5; Frankreich 16,8

Nah und Fern.

Der Bevölkerungspolitische Kongress in Wien. Die Stadt Wien veranstaltet in Verbindung mit der deutschen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und einer Anzahl weiterer Vereine in der Woche vom 17. bis 21. Mai einen bevölkerungspolitischen Kongress, auf dem sowohl wissenschaftliche Autoritäten wie praktischer Vorträge gehalten werden.

Eine neue französische Rheinschiffahrtsgesellschaft. Wie man aus Frankfurt a. M. meldet, ist als Neugründung in der Rheinschiffahrt die „Societe française de Navigation Rhénane“ zu verzeichnen, deren Flotte aus dem Grund des Verfalls der Verträge an Frankreich abzu-

liefernden Rheinschiffen bestehen wird. Diese neue französische Gesellschaft verfügt über ein Kapital von 10 Millionen Franken.

1200 Morgen Heide verbrannt. In der Prignitzer Heide bei Brandenburg a. d. H. ist ein riesiger Brand ausgebrochen. Es sind bereits 1200 Morgen ein Raub der Flammen geworden. Auch ein Teil der Brandenburger Domforst ist in Mitleidenschaft gezogen. Sämtliche Feuerwehren aus der Umgegend sind zur Hilfe gekommen. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Man vermutet, daß das Feuer durch einen in der Nähe befindlichen Dampfzug entstanden ist.

Neueste Meldungen.

Waffenausweisung von Beamten im besetzten Gebiet. Köln. Das in den letzten Tagen im Reich verbreitete Gerücht, daß als weitere Sanktion die Ausweisung aller nicht im Rheinland geborenen Beamten beabsichtigt sei, beruht auf Erfindung.

Grippe-Epidemie im Saargebiet. Saarbrücken. Im Saargebiet sowie dem benachbarten Lothringen betrifft zurzeit eine schwere Grippe-Epidemie, die schon zahlreiche Opfer gefordert hat. So wurden an einem Tage im Stadtkreis Forbach 15 Personen beerdigt, die der Seuche erlegen waren.

Erzeugergrundpreise im süddeutschen Bayern. Zweibrücken. Im süddeutschen Bayern tritt am 1. Mai eine Bekanntmachung des Staatsministeriums für Landwirtschaft über die Bewirtschaftung von Milch, Butter und Käse in Kraft. Der Erzeugergrundpreis für einen Liter Milch beträgt danach 1,30 M., für ein Pfund Butter 12,50 M., beim Verkauf durch den Hersteller und 13,50 M. bei Abgabe an den Konsumverband, während der Kleinhandelspreis für Butter 14,50 M. beträgt.

Wirtschaftskrise in der Schweiz. Basel. Trotz der seit Wochen in Kraft befindlichen Einfuhrbeschränkungen, die als Abwehrmittel gegen die Arbeitslosigkeit getroffen wurden, ist die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz gerade in den letzten Wochen immer weiter gestiegen. Man zählte am 18. April 49 580 gänzlich und rund 94 000 teilweise Arbeitslose. Ungeachtet dessen gehen immer neue Industrien an den Bundesrat mit dem Ersuchen um Einfuhrbeschränkungen, so daß bald der größte Teil der Einfuhrwaren diesen Beschränkungen unterliegen wird, wenn alle diese Gesetze genehmigt werden sollten.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Amerikanisches Mehl für Oesterreich. Wien, 29. April. (tu.) Wie bekannt wird, hat Hober in Aussicht gestellt, daß er Oesterreich für ein viermonatigen Bedarf ausreichende Mehlmenge von 200 000 Tonnen und einen gewissen Vorbetrag bewilligen werde.

Hoffnung auf Kredit. Wien, 29. April. (tu.) In unrichtigten Kreisen werden die Aussichten der Kredithilfe der Entente für Oesterreich augenblicklich nicht ungünstig beurteilt. Die Finanzdelegation wird am 10. Mai Wien verlassen.

Unruhen in Italien. Rom, 29. April. (tu.) Faschisten haben in Mailand das Volkshaus in Brand gesetzt, um den Tod eines der Abrieger zu rächen, der von Kommunisten ermordet worden war. Am Dienstag früh ist darauf der allgemeine Streik verkündet worden. Die Arbeiter besetzen die Fabriken, worauf sie von der Polizei wieder vertrieben wurden. In Palermo und anderen Provinzplätzen gab es bei Zusammenstößen Tote und Verwundete.

Kabinettskrise in Polen. Warschau, 29. April. (tu.) Das sozialistische Blatt „Przedkowiak“ teilt mit, daß es aus der Umgebung des Ministerpräsidenten Witos darüber unterrichtet sei, daß das Gesamtkabinetts eingeschlossen sei, noch vor dem 1. Mai, dem Tage der Eröffnung des Landtages, zurückzutreten.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 29. April. Öffentliche Stadtverordnetenversammlung. Donnerstag den 28. April 1921, abends 7 Uhr.

Anwesend sämtliche Stadtverordnete außer Herrn Jahn; am Ratstische die Herren Bürgermeister Dr. Kronfeld, Stadträte Wehner, Schlichenmaier, Lohner und Schöke.

Kenntnis gab der Vorsitzende, Herr Oberlehrer Kantor Diehl, von einer Mitteilung des Landespreisprüfungsamtes, wonach die Nachprüfung der von der Fa. Lehner u. Schmalz für Reparaturarbeiten im Stadtbad aufgestellten Forderungen für ein Einkommen nicht ergehen hat; 2. von der Bestätigung der Wahl des Herrn Stadtrat Wehner als stellv. Bürgermeister und 3. von den vom Bauausschusse an den letzten Sitzung für den Schuppenaufbau an der alten Ziegelei. Bei dieser Gelegenheit bewilligte man den Betrag von 3350 M. zur Legung der Lichtleitung in die sechs Wohnungen. Eine längere Aussprache entfiel die Verteilung der vom Landeswohnungsamt für 1921-22 in Aussicht gestellten Baukostenzuschüsse in Höhe von 700 000 M. Der Rat hat dazu beschlossen, der Baugesellschaft 500 000 M. zu überweisen und den Rest in der Hauptsache für die in städtischer Regie geführten Bauten zu benutzen. Die Stadtverordneten stimmten gegen 5 Stimmen ihren Beschluß dahingehend, daß vorläufig 500 000 M. der Baugesellschaft überwiesen werden. — Von den Mitteilungen des Sachl. Gemeindetages sollen anstelle der Gemeindegewinn weitere 4 Stück bestellt werden. — Dem Ratsbeschlusse, als Abschlag auf die Grundsteuer im Rechnungsjahr 1921-22 vorläufig 34 % auf die staatliche Grundsteuer einbehalten zu lassen, wurde zugestimmt. — Punkt 4 der Tagesordnung war zwecks nochmaliger Beratung im Rate zurückgezogen worden. — Unter Verschiedenem kam die vom Ernährungsausschusse angelegte Versorgung der Bevölkerung mit Gefrierfleisch zur Verhandlung. Es wurde beschlossen, die hiesigen Fleischer dafür zu interessieren. (Die Fleischer sind dem bereits zuvorgekommen und bieten im Anzeigenteile ff. Gefrier-Rindfleisch das Pfund für 8 M. an. D. Schriftl.) — Außerhalb der Tagesordnung bemerkte noch Herr Oberlehrer Kantor Diehl, daß nach Erklärung der Finanzämter Meizen und Roggen eine gemeindliche Besteuerung des steuerfreien Teiles vom Einkommen auch für das Jahr 1920 nicht in Frage kommen könne.

Wettervorhersagen auf längere Zeit haben nicht viel Wert, aber man beachtet sie doch. Jetzt weiß ein wissenschaftlicher Meteorologe auf folgende Tatsache hin: Das Jahr 1921 wird, alten Forschungen entsprechend, wieder einen Höhepunkt der Gewittertätigkeit bringen. Die Wissenschaft hat seit langem festgestellt, daß alle 10 bis 11 Jahre ein Maximum der Ge-

witterhäufigkeit zu verzeichnen ist (das mit dem ebenfalls 11-jährigen Minimum der Sonnenflecken eng zusammenhängt). Die letzten Zeiten dieses Maximums waren die Jahre 1889, 1899 und 1910. Demnach wäre es für 1921 mit hoher Wahrscheinlichkeit neuerdings zu erwarten. — Gewitterreiche Jahre aber betrachtet der Landwirt als fruchtbar.

„Ams Handwert ber“. Wir werden gebeten darauf hinzuweisen, daß die 21. Jahrgang-Feier des Vereins für Natur- und Heimatkunde pünktlich 7 Uhr beginnt und daß die Saalüren während der Vorführungen geschlossen bleiben.

Neueinstellung der Ortsklassen. Im Reichsrat wurde in diesen Tagen eine Neuordnung des Ortsklassenverzeichnisses vorgenommen. Wie wir von zuständiger Stelle hören, treten die Rückwirkungen dieses Beschlusses für Sachsen dadurch in die Erscheinung, daß über tausend sächsische Orte in eine höhere Stufe kommen. Jedoch auch diese Einstufung entspricht noch nicht den Wünschen der Regierung und der Beamten, doch soll es sich noch immer um eine vorläufige Regelung handeln und eine endgültige Regelung noch bevorstehen, worüber zwischen sächsischer und Reichsregierung noch verhandelt wird.

Seht die Obstbäume nach. Nach Beobachtungen des Landesobst- und Weinbauvereins beginnen in diesem Jahre bereits umfangreiche Obstbaumbeschädigungen. In erster Linie gilt es jetzt den allgemein an Äpfeln vorerst vereinzelt auftretenden Apfelsmehltau am besten durch Ausbrechen der mehligsten Äpfel zu bekämpfen. Weiter bedeutet, besonders an niedrigen Baumformen, der so massenhaft auftretende Widler eine Gefahr für die Bildung der Baumformen. Die zusammengefallenen Triebspitzen enthalten ein kleines dunkelbraunes bis schwarz gefärbtes Knäpchen, das der Triebbildung hinderlich ist; sie werden unter Zusammenbrühen abgerissen, wobei der Haupttrieb zu schonen ist. Ferner sind zurzeit die Knäpchen des Goldbästlers, die ihre Kletter, wo man deren Befestigung versumt hat, verlassen haben, rege tätig. Sie vernichten in wenigen Tagen große Mengen junger Baumlätter. Die Bekämpfung ist in der frühen Morgenstunde durch Abnehmen der Kletter möglich. Später ist der Kampf schwieriger und hat durch Befestigung mit Uraniagrün zu erfolgen. Sobald die Blüte der Obstbäume beendet ist, sollte man, wo Sorten zur Schorfkrankheit neigen, nicht versäumen, mit 1 Prozentiger Kupferkalkbrühe zu spritzen.

Friedhöfsfrage und Kirchenaustritt. Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Begräbnisse Ausgetretener auf den kirchlichen Friedhöfen zugelassen sind, ist nicht nur am 12. April im Landtage behandelt, sondern auch sonst wiederholt aufgeworfen worden. Unstreitig müssen nach dem im Einverständnis mit der Landeskirche erlassenen Kirchensteuergesetz vom 11. Juli 1913 (§ 35 Abs. 1 Satz 1) Begräbnisse Ausgetretener auf den kirchlichen Friedhöfen zugelassen werden, wenn im Parochialbezirk ein kommunaler Friedhof nicht vorhanden ist. Es darf aber bei solchen Begräbnissen nicht vorgenommen werden, was bei den evang.-luth. Gemeindegliedern Anstoß erregen kann, und es dürfen zu diesem Zweck Reden am Grabe nur mit Zustimmung des Ortsgemeindeführers gehalten werden. Was aber die zu erhebenden Gebühren anlangt, so können durch kirchliche Ortsorgane vom Kirchenvorstande mit Genehmigung der Kircheninspektion für Begräbnisse Ausgetretener zwar höhere Gebühren als für Begräbnisse von Parochianern festgesetzt werden, doch soll die Erhöhung nicht mehr betragen als nötig ist, um denjenigen Betrag an Kosten der Unterhaltung des Friedhofes auszugleichen, der von den Parochianern durch Steuern gedeckt wird. Ueber diese Fragen wird im Rechtsausschusse des Landtages noch weiter verhandelt werden. Hoffentlich kommt es dabei zu einem Vorschlage, der den berechtigten Ansprüchen der Kirche gerecht wird.

Die künftige Zuständigkeit der Schulvorstände. Die sächsische Regierung plant bekanntlich die Aufhebung der Schulgemeinden, wodurch dann selbstverständlich auch die Schulvorstände als selbständige Behörden in Wegfall kommen würden. Die bisher von dem Schulvorstand ausgehenden Befugnisse sollen nach der Absicht der Regierung an Sonderausschüsse der Gemeindevorstände übergehen, wie dies in den Städten schon der Fall ist. Auf dem Lande ist man aber mit einer solchen Aenderung nicht einverstanden. Die Schulvorstände zahlreicher Landgemeinden, eine Reihe von Elternräten und andere Korporationen haben sich deshalb in zahlreichen Eingaben an den Landtag gewendet, in denen sie fordern, daß entweder die alte Regelung beibehalten oder aber die neuen Schulausschüsse mit denselben weitgehenden Nachbefugnissen und mit deren Selbständigkeit ausgestattet werden sollen, wie die bisherigen Schulvorstände. Mit diesen Eingaben beschäftigte sich am Donnerstag der Prüfungsausschuss des Landtages, der die Eingaben einstimmig der Regierung als Material zur Kenntnisnahme überwies.

Buchdrucker und Rechtschreibung. Im „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ finden wir folgende Mitteilung: Vor kurzem hat wieder eine Sitzung des Unterausschusses für die Rechtschreibänderung stattgefunden. Den Teilnehmern ist strengstes Schweigebrot auferlegt worden. Beschlüsse sind die Aenderung der Großschreibung, Fortfall der Doppelschlaufe, des Dehnungs-h, des e in ie; wo indes ein Doppelsinn entstehen könnte, kann in alter Weise weitergeschrieben werden; weiter Fortfall des at, r und v, Vereinfachung der Trennungsregeln usw. Die Buchdrucker werden der Durchführung dieser Vorschläge den stärksten Widerstand entgegenzusetzen und „richten an den Verantwortlichen für diese unverantwortliche Dunkelkammerarbeit nochmals die Anfrage, ob es denn gegenwärtig nicht wichtigere Dinge im Reichsamt des Innern zu tun gibt, als die Aenderung der deutschen Rechtschreibregeln? Wir wüßten Wichtigeres zu tun.“ — Den Ausführungen kann man nur voll beistimmen.

Ein Lokomotivpfeiff — 20 Pfennig. Durch Runderlaß wird den Eisenbahnbediensteten zur Pflicht gemacht, bei allen Dienstverrichtungen größte Sorgfalt und Sparsamkeit walten zu lassen, damit der Eisenbahnbetrieb wieder wie in besseren Tagen wirtschaftlich gestaltet werden kann. Wie außerordentlich berechtigt dieser Erlaß ist, geht daraus hervor, daß wie kürzlich gelegentlich einer Beratung der Eisenbahndirektionen über Sparsamnahmen mitgeteilt wurde, das durch irgendwelche Nachlässigkeit veranlaßte Anhalten eines Schnellzuges und das Wiederanfahren mit Einholen des Zeitverlustes nicht weniger als 70 M. und jeder Lokomotivpfeiff — 20 J kostet.

Chem. 17er Alanen. Vom 4.—6. Juni d. J. findet in Otsch ein Regimentstag der ehem. 17er Alanen statt. Alles Nähere durch Georg Fleischer, Otsch 1. Sa., Altoschager Str. 11.

Grumbach. Am heutigen Tage feiert der Privatmann Herr Julius Kost mit seiner Gemahlin das Fest der goldenen Hochzeit. Möge ihnen noch ein recht gesunder und friedlicher Lebensabend beschieden sein.

Radeburg. Einen bössartigen Streich haben zwei erst 16 Jahre alte Hausmädchen aus Cunnorsdorf einem dortigen Wirtschaftsbefitzer gespielt. Sie hatten diesem verschiedene Sachen im Werte von 300 M. gestohlen. Als die Mädchen als Diebinnen ermittelt worden waren, schütteten sie aus Rache in der Nacht dem Wirtschaftsbefitzer Esol und Käufepulver in die offene Brunnenröhre. Durch diese Tat wurde nicht nur das Wasser im Brunnen, sondern die ganze Brunnenröhre damit vergiftet, daß alles erneuert werden mußte. Die jungen Brunnenbergisterinnen standen jetzt vor dem Land-

